

Die soziale Basis des Widerstands

Karl Reitter

Der Widerstand gegen die Schwarz-Blaue Bundesregierung findet in zwei unterschiedlichen Sphären, um nicht zu sagen verschiedenen politischen Welten statt, die sich kaum berühren. Auf der einen Seite die etablierten Organisationen wie die Gewerkschaften, die Arbeiterkammern und die Sozialdemokratie. Ihre Opposition ist durch Zögern, Unsicherheit und ständige Selbstrechtfertigung gekennzeichnet. Für Streiks in Minutenlänge wird um Verständnis in der Öffentlichkeit gerungen, als ob nicht jede Arbeitsniederlegung angesichts der Regierungspolitik berechtigt und notwendig wäre. Die vom ÖGB organisierte Menschenkette stellte sich in vorausilemdem Gehorsam statt vor den Polizeisperren auf einer imaginierten Bannmeile ums Parlament auf. Monatelang schien die Sozialdemokratie von einer eigentümlichen Lähmung befallen, erst in den letzten Wochen versucht sie sich in erkennbarer Oppositionspolitik.

Auf der anderen Seite hat sich ein Widerstand entwickelt, der fröhlich und froh, mit viel Witz und Selbstbewußtsein neue Widerstandsformen geschaffen und sich auf verschiedensten Ebenen vernetzt hat. Sein herausragendes Merkmal ist die Unabhängigkeit. Er wird von einer Vielzahl autonomer Gruppen und Strukturen getragen, die offensichtlich nur sich selbst, und sonst niemandem verantwortlich sind. Die Vorstellung, die verschiedenen Aktionen und Demonstrationen seien von den Zentralen der SPÖ und der GRÜNEN gelenkt, ist nur in den Gehirnen diverser FPÖ Politiker real, in Wirklichkeit ist der Einfluß dieser Parteien eher gering. Der Widerstand ist nicht nur unabhängig, sondern ebenso dezentral. Obwohl der Widerstand qualitativ als auch quantitativ beträchtliche Schwächen zeigt, stellt er trotzdem ein Phänomen mit gesellschaftlicher Bedeutung dar, und läßt sich keineswegs auf die Betriebsamkeit einiger unentwegter politischer AktivistInnen reduzieren.

Wer ist nun der soziale Träger der unabhängigen Oppositionsbewegung? Ich denke, daß wir mit einem neuen sozialen Phänomen konfrontiert sind, ein Phänomen, das sowohl durch die traditionellen politischen Kräfte, als auch in der wissenschaftliche Debatte entsprechend wahrzunehmen und zu würdigen ist. Sollte diese These zutreffend sein, so versteht es sich von selbst, daß diese neuen sozialen Schichten nicht in den letzten Monaten entstanden sein können. Wir haben langfristigen Tendenzen zu bedenken. Durch ihre reaktionäre Politik wirkt die derzeitige Bundesregierung unfreiwillig als Katalysator, sie hat die politische Artikulation dieser Schichten massiv gefördert, sie hat vor allem das Gewicht von den affirmativen zu den gesellschaftskritischen Elementen verschoben. Diese letzte Aussage ist bereits ein Vorgriff auf ein Resultat der Überlegungen. Der neue Sozialcharakter, der sich zu entwickeln scheint, führt keineswegs automatisch zu einem gesellschaftskritischen Bewußtsein, sondern zeigt ambivalente Züge. Diese

Erwägung möchte ich deshalb betonen, um eventuelle Abwehrreflexe hintanzuhalten, da ich methodisch von der ehrwürdigen und oftmals mißverständenen These Marxens ausgehe: Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein. Diese These macht Sinn, man muß sie freilich sensibler und konkreter anwenden, als dies in der Marxistischen Tradition oftmals zu beobachten ist. Das gesellschaftliche Sein, ich ziehe den Ausdruck soziale Existenz vor, geht keineswegs in grobschlächtigen Begriffen wie ArbeiterIn, Kleinbürger oder StudentIn auf. Im Gegenteil, wir alle sind Zeugen des Zerfalls dieser eindeutigen sozialen Identitäten. Diese Begriffe verweisen auf gesellschaftliche Großgruppen mit ähnlichem Lebenslauf und vergleichbarem sozialen Schicksal, die im Kern jener Epoche zuzuordnen ist, die durch Fordismus, Taylorismus und Keynesianismus gekennzeichnet werden kann. Halten wir uns die wesentlichen Momente nochmals vor Augen: Massenproduktion durch den Massenarbeiter, Kontrolle und Kommando des Arbeitsprozesses mittels Maschinen und autoritärer Befehlsstrukturen, Absicherung des allgemeinen Wohlstandes durch antizyklische Budgetpolitik und Ausbau eines Sozialstaates, der auf eine Normalbiographie zugeschnitten war, die sich durch kontinuierliche Arbeit zu gewerkschaftlichen Bedingungen, langfristige Betriebszugehörigkeit und reguliertes Karriereschema auszeichnete. Es wäre unrichtig zu behaupten, diese hier sehr idealtypisch skizzierte Ordnung gehöre samt und sonders der Vergangenheit an. Keineswegs, alle Elemente sind nach wie vor gesellschaftlich gültig, sowohl die Sozialgesetzgebung wie auch die Politik von Sozialdemokratie und Gewerkschaften orientieren sich nach wie vor daran. Gleichzeitig mehren sich die Anzeichen einer neuen sozialen Ordnung. Ein Element sind die sich rasch ausbreitenden neuen Arbeitsformen. Ob es sich um die Leiharbeit (eine Männerdomäne), Arbeit auf Abruf, den »freien Dienstnehmer« oder die sogenannte Scheinselbstständigkeit handelt, allen Formen ist gemeinsam, daß bestehende kollektivvertragliche Bestimmungen unterlaufen werden. Geregelter und bezahlter Urlaub sowie Sozialversicherungsansprüche werden nicht oder nur teilweise erworben.

Die Bedeutung dieser neuen Arbeitsformen läßt sich jedoch nur im Zusammenhang mit den korrespondierenden Organisationsformen verstehen. Für diese hat sich der treffende Ausdruck Zentrum-Peripherie-Modell eingebürgert. Das Zentrum des Betriebes, aber auch der Verwaltungs- und Ausbildungsinstitutionen ist nach wie vor von geregelten Arbeitsverhältnissen geprägt. Um dieses Zentrum werden zunehmend Personen mit neuen Arbeitsformen beschäftigt. Die PeripheriearbeiterInnen sind zwar nicht unbedingt finanziell schlechter entlohnt, es fehlt jedoch zumeist eine Karriereperspektive und der Erwerb von Ansprüchen, die unterm Strich doch Einbußen bei der Entlohnung bedeuten. Als konkretes Beispiel für Peripheriearbeit möchte ich jene Gruppe anführen, zu der auch ich gehöre, die externen LektorInnen und freien WissenschaftlerInnen. Aus diesem Beispiel kann man viel über die Selbst- und Fremdwahrnehmung lernen. Als die StudentInnenzahlen ab den 60er Jahren massiv anstiegen, wurde der zusätzliche Lehrbedarf nicht durch weitere Beamtenstellen abgedeckt, sondern eben durch Externe, die ohne Ansprüche und Beschäftigungssicherheit heute je nach Fakultät 40% und mehr des Lehrangebots abdecken. Österreich weit sind es ungefähr 7000 bis 8000 Personen, die mittels Lehrverpflichtungen, mittelfristiger Projektarbeit und sonstiger Tätigkeit ihr Einkommen erarbeiten. Sowohl dem potentiellen Arbeitgeber, dem Bundesministerium, wie auch der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst war diese

Personengruppe entweder überhaupt unbekannt, oder sie wurde als Nachwuchsphänomen mißgedeutet. Das trifft nicht zu. Der Altersdurchschnitt liegt über 39 Jahren und eine zukünftige fixe Anstellung an der Universität ist die Ausnahme, nicht die Regel. Trotz dieser Gemeinsamkeiten ist die Gruppe der freien WissenschaftlerInnen äußerst inhomogen. Diese Eigenschaft teilen sie mit allen PeripheriearbeiterInnen. Immer mehr Menschen schwimmen im Viereck von Arbeitslosigkeit, Ausbildung, neuen Arbeitsformen und traditioneller Anstellung. Die zunehmend fragmentierten Lebensläufe sind ein inzwischen gut dokumentiertes Faktum. Wenn diese Aussage gültig ist, so ist leicht zu verstehen, daß soziale Zuschreibungen wie »der Student« oder »die Hausfrau« immer weniger über die reale Lebenssituation der Individuen aussagen, sondern statt dessen überholte soziale Existenzweisen imaginieren. Die sehr differenzierte und oft wechselnde soziale Existenzweise muß zwangsläufig eine Kluft zwischen den PeripheriearbeiterInnen und den traditionellen Institutionen, die noch immer auf traditionelle soziale Identitäten fixiert sind, hervorrufen. Es besteht nun keineswegs eine Ablehnung oder gar Feindschaft zu den Organisationen der traditionellen Arbeiterbewegung, aber doch eben ein Gegensatz zwischen ihren politischen Methoden und Forderungen, und jenen, die aus der Lebenswirklichkeit der neuen sozialen Schichten resultieren. Die zwei Formen des Widerstand halte ich für ein starkes Indiz für diese These.

Die Ausbildung von Peripherie und PeripheriearbeiterInnen ist nur ein Moment des Gesamtprozesses der gesellschaftlich wirksamen Tendenzen. Die Peripherie ist gewissermaßen nur die ausgelagerte Form. Es existieren zahlreiche Studien die zeigen, daß die Logik des Marktes in die Betriebe selbst hinein geholt wird. Große Strukturen werden in kleinere, operative Einheiten zergliedert, die auf die Rationalität der Geldrechnung verpflichtet werden. Politisch ist die Frontstellung Staatsbetrieb vs. Privatisierung bereits überholt. Der Begriff »Privatisierung« ist viel zu grob, um die intendierten Ziele zu beschreiben. In der Tat geht es um die qualitative Ausweitung der kapitalistischen Rationalität, die isolierte PeripheriearbeiterIn ist nur der extremste Ausdruck eines Prozesses, der sich im Zentrum als Auslagerung, Zergliederung und kapitalistisch-rationale Evaluierung darstellt. Diese Prozesse können, müssen aber nicht unbedingt mit Privatisierung verbunden sein. Arbeitsrechtlich tritt der Umstrukturierungsprozeß im öffentlichen Dienst aktuell als Abbau des Beamtendienstrechts zugunsten des flexibleren Angestelltenstatus auf. Diejenigen Verhältnisse, die für die PeripheriearbeiterInnen bereits Realität darstellen, sind konkret in Österreich bei Bahn, Post und an den Universitäten noch durchzusetzen.

Die hier skizzierte Entwicklung hat in Italien bereits in den 70er Jahren eingesetzt. Die italienische Linke hat mit einer ganzen Reihe von Arbeiten versucht, auf diese Tendenzen zu reagieren. Insbesondere Antonio Negri hat eine interessante, aber doch kühne These vorgelegt. Nach seiner Auffassung stellen die »Umherschweifenden Produzenten« und ihre »immaterielle Arbeit« eine qualitativ neue Stufe der Vergesellschaftung dar, und er vermutet sogar die Antizipation kommunistischer Elemente. Daß mit der Peripheriearbeit kommunistische Momente im Schoße des Kapitalismus entfaltet werden – diese Auffassung halte ich für überzogen. Bei aller Kritik scheinen doch einige Überlegungen beachtenswert. Zu aller erst gilt es festzuhalten, daß die Trennung von Zentrum und Peripherie Resultat eines einheitlichen Prozesses darstellt. Ohne Zweifel droht die kapitalistische Ra-

tionalität, die nur die Form der abstrakten Geldrechnung annehmen kann, alle Sphären und Bereiche der Gesellschaft, allen voran das Individuum, zu erfassen. Die Gesellschaft selbst nähert sich einem gigantischen Produktionsapparat an. Das Ende des Fordismus markiert nicht das Ende des Fabrikssystems, sondern deren Ausweitung auf alle gesellschaftlichen Bereiche. PeripheriearbeiterInnen stehen nun keineswegs am Rande der Wertproduktion sondern bilden etwas euphorisch gesprochen die fortgeschrittensten Teile des Proletariats. Das traditionelle marxistische Denken will diese Entwicklung nicht zur Kenntnis nehmen. Zumindest teilweise wird am Dogma der Fordistischen Akkumulationsordnung festgehalten: Werte produziert der Massenarbeiter durch die Massenproduktion. Anknüpfend an die Marxschen Begriff der mehrwertproduzierenden und der notwendigen Arbeit wurde eine komplexe Kasuistik entwickelt, die via Stellung im Produktions- und Distributionsprozeß den einzelnen Arbeiterschichten eine größere oder geringere Nähe zur Wertproduktion zugeordnet hat. Zumeist wurden daraus weitere Schlüsse, das revolutionäre Potential betreffend, gezogen. So sprach man unter anderem von »Kernschichten« des Proletariats. Für eine bestimmte Form der Marxistischen Orthodoxie zeigte sich ein theoretisch kaum bewältigbares Phänomen. Gerade die Kernschichten zeigen sich besonders anfällig für rechte Demagogie, und zeitweise durfte sich die FPÖ die Medaille »Arbeiterpartei« an die Brust heften. Umgekehrt zeigten sich jene Gruppen, die man mit dem unbeholfenen Ausdruck »Mittelschichten« oder gar »kleinbürgerliche Schichten« bezeichnet, als treibende Kraft für linke und emanzipatorische Ideen. Historisch zeigte sich diese unerwartete Qualität zum ersten Mal in der kurzen Revolte von 1968. Damals blitzte für einen historischen Moment ein Umstand auf, der heute zur Alltäglichkeit gehört. Das Verhältnis zwischen den klassischen Arbeiterschichten und den sogenannten Mittelschichten – den PeripheriearbeiterInnen – hatte sich gedreht. Salopp gesagt sind die ehemaligen Kernschichten am rechten, die neuen sozialen Gruppen am linken politischen Spektrum zu finden. Sollte das gesellschaftliche Sein plötzlich nicht mehr das Bewußtsein bestimmen? Wir haben keinen Grund für diese Schlußfolgerung. Unsere Antwort geht in eine andere Richtung: das gesellschaftliche Sein der sogenannten »Mittelschichten« hat sich verändert. Natürlich befinden wir uns mit dieser Aussage auf einem schwierigen Terrain. Ich kann dafür auch keine Beweise vorlegen, vor allem würde dieser Anspruch die Diskussion nach sich ziehen, in welchem Sinne man auf dem Feld des Gesellschaftlich-Geschichtlichen von Beweisen sprechen kann. Aber es existieren einige Indizien. Die neuen Arbeitsformen sowie das Zentrum – Peripheriemodell wurden bereits genannt. Zuletzt haben wir das Thema der Wertproduktion erwähnt.

Bei dieser Frage fehlt es nicht an Stichworten in der Debatte. Das Schwerkraft der gesellschaftlichen Produktion soll sich von der materiellen auf die immaterielle Seite verschoben haben. Wir kennen alle die Vorstellungen, ja Phantasien und imaginären Erwartungshaltungen, die mit dem Internet verbunden sind. Hat sich also das Zentrum der Wertproduktion auf den immateriellen Sektor verschoben? Der Ausdruck »immateriell« ist etwas irreführend. Auch wenn Arbeit kein sinnlich greifbares Produkt erzeugt, so hat sie doch immer ein real wirksames Resultat. Um die neue Qualität der gesellschaftlichen Produktion erfassen zu können, schlage ich vor, von der Ebene des Tauscherts auf jene des Gebrauchswerts umzusteigen. Streng genommen finden sich bei Marx drei unterschiedliche Defi-

tionen von Gebrauchswert. In Gestalt des industriellen Produktionsapparates interpretiert Marx die Gebrauchswerte als Basis der ontologischen Höherentwicklung der Menschheit, andererseits sieht er deutlich ihre zerstörerischen, repressiven Momente. Die Basisdefinition im ersten Abschnitt des Kapitals wiederum setzt Gebrauchswert mit der unproblematischen Nützlichkeit des Dings gleich. Ich möchte hier explizit an Gedanken von Herbert Marcuse anknüpfen, die er insbesondere im »Eindimensionalen Menschen« entwickelt hat. Der Gebrauchswert geht niemals in der unschuldigen Nützlichkeit des Dings auf, sondern beinhaltet eine Reihe von imaginären Versprechungen und Verlockungen. Um herrschaftsstabilisierend zu wirken, müssen diese Gebrauchswerte periodisch erneuert werden. An diesem Punkt zeigt sich ein merkwürdiges und bedenkenswertes Phänomen. Die Fetischprodukte des Fordismus, Dinge wie der Kühlschrank, der Fernsehapparat und vor allem das Automobil, das dieser Epoche auch den Namen gab, wurden von den klassischen Kernschichten der Arbeiterklasse produziert, gewartet, repariert und benutzt. Das traditionelle Proletariat fungierte als Produzent und Konsument in jenem Sektor der gesellschaftlichen Produktion, die mit Fortschritt und Zukunft imaginiert wurden. Der einzelne Arbeiter konnte mit Recht von sich sagen, er produziere nicht bloß den gesellschaftlichen Reichtum schlechthin, sondern jene Dinge, in denen sich das Imaginäre einer ganzen Epoche spiegelte. Und es war wohl kein Zufall, daß die heftigsten Arbeiterkämpfe 1968 sowohl in Frankreich wie in Italien in der Automobilindustrie stattfanden. Obwohl das Auto nach wie vor ein Fetischobjekt schlechthin darstellt, hat es die Avantgardefunktion verloren. Sie ist auf die Kommunikationstechnologie, das Internet und die Computerbranche übergegangen. Ob diese Produkte nun tatsächlich die Erwartungen, die von tollen Jobs für alle bis hin zu ungeahnten Möglichkeiten der Vernetzung und Kommunikation reichen, erfüllen oder nicht, ist für die aktuelle imaginäre Zuschreibung nicht relevant. Entscheidend ist, daß sich die Gesellschaft so strukturiert, *als ob dies so wäre*. Damit liegt das imaginierte Zentrum des gesellschaftlichen Fortschritts nicht mehr in den Händen der klassischen Arbeiter. Ich vermute, daß der Anteil der PeripheriearbeiterInnen in diesem Sektor besonders hoch ist. Dafür spricht das ungeheure Tempo der Entwicklung, das bestens mit den fragmentierten, diskontinuierlichen Lebensläufen korrespondiert, die heute vorherrschend sind. Dafür spricht weiters der Typus des benötigten Wissens. Es wird nicht durch den staatlich geregelten Bildungsweg vermittelt, sondern wird an verschiedensten dezentralen Orten angeeignet. Es stellt die gewachsenen Hierarchien im Berufsleben auf den Kopf. Wir alle kennen das Bild des zwanzigjährigen Computerfreaks, der jenen, die in der Karriereleiter viele Sprossen über ihm stehen, fachlich weit überlegen ist. Wir müssen aber auch den Zusammenhang zwischen individuellem Selbstvertrauen und gesellschaftlicher Bewertung der Sphäre bedenken.

Der Begriff PeripheriearbeiterIn zielt auf die arbeitsrechtliche und organisatorische Stellung ab. Er besagt jedoch nicht, daß die Betroffenen an der Peripherie der gesellschaftlichen Produktion arbeiten, im Gegenteil. Dieser neuen sozialen Schicht stehen die gesellschaftlich anerkannten und hochbewerteten Sektoren durchaus offen. Aber wie stellt sich die Situation für den Fordistischen Massenarbeiter dar? Plötzlich findet er sich und seine Arbeit am Rande des gesellschaftlichen Fortschritts. Während die Fordistischen Massengüter sein Werk waren, mit denen er sich auskannte und die Grundlage seiner Kenntnisse und Kompetenzen

bildeten, ist er nun von der Entwicklung abgekoppelt. Liegt darin ein Grund für seine Anfälligkeit für reaktionäre Positionen oder zumindest für eine gewisse Verunsicherung und mangelndes Selbstvertrauen? Ich gebe gerne zu, daß die von mir dargelegten Überlegungen den Charakter des »laut Nachdenkens« besitzen, aber wir stoßen immer wieder auf neue Evidenzen. So hat sich die weiße, europäische und männliche Arbeiterschaft aus dem praktischen Produktionsprozeß weitgehend zurückgezogen, ihren Platz haben die Arbeitermigranten eingenommen. Dieser Prozeß kann nicht nur durch schlechte Arbeitsbedingungen und geringe Bezahlung erklärt werden, zumal die klassischen »Hackler« gar nicht so schlecht entlohnt werden. Offenbar ist es das fehlende »symbolische Kapital«, die geringe gesellschaftliche Bewertung, die zum Rückzug des europäischen Mannes aus dem traditionellen Arbeitermilieu geführt hat.

Die Entwertung der Fordistischen Massenaarbeit mußte auch den spezifischen Sozialcharakter des Fordistischen Arbeiters in die Krise stoßen. Die massenhafte, gleiche und gleichförmige Arbeit für alle, also das gemeinsame Schicksal, stelle die Basis für die naturwüchsige Solidarität, die in der Arbeiterbewegung mannigfachen Ausdruck fand, dar. Die gesellschaftliche hohe Bewertung seiner Arbeit bildete weiters die Grundlage für die derzeit oftmals kritisierte Arbeitsmoral dar, die, so die Kritik, letztlich zur Affirmation des kapitalistischen Produktionsprozesses und weiters der kapitalistischen Gesellschaft selbst führen mußte. Schon Hannah Arendt hat uns über die Verschiebung in der Bewertung der menschlichen Tätigkeiten, über die steile normative Karriere der Arbeit in der kapitalistischen Epoche aufgeklärt. Ich möchte mich allerdings diesem Abgesang an die Arbeitsmoral so nicht anschließen. Obwohl ich der Kritik an der Überbewertung der Arbeit zustimme, darf man doch nicht die ursprünglich revolutionären Aspekt gänzlich übersehen. Die grassierende Arbeitsmoral hatte ein Janusgesicht, einerseits markierte sie die Affirmation des kapitalistischen Arbeitsprozesses, andererseits jedoch ein Moment der kritischen Selbstreflexion. Begreifen wir sie als Moment der normativen Selbstzuschreibung der entstehenden Arbeiterklasse, die sich sowohl gegenüber den parasitären Kapitalisten als auch gegenüber dem Lumpen abzugrenzen hatte. Wenn wir uns die gegenwärtigen Tendenzen vor Augen halten, werden wir zum Schluß kommen, daß sich die gesellschaftliche Verhältnisse bezüglich ihrer Überwindung nicht verbessert, sondern sich bloß verändert haben.

Für die PeriphericarbeiterInnen ist eine Selbstwahrnehmung als homogene gesellschaftliche Großgruppe ausgeschlossen. Die bereits von Marx analysierte Tendenz des Kapitalismus, das Individuum aus allen gemeinschaftlichen Bezügen herauszureißen und es als soziales Atom fungieren zu lassen, ist durch die Periphericarbeit gesellschaftlich verwirklicht. Das Zerbröseln der sozialen Großgruppen hat freilich auch dort Auswirkungen, wo diese noch bestehen. Die Gesellschaft kann sich selbst nicht als in Klassen oder Stände organisiert begreifen, wenn ein Teil ihrer Mitglieder aus einem soziologisch definierten Klassendasein herausfällt. Die gesellschaftliche Selbstwahrnehmung der sozialen Ordnungsstrukturen gilt entweder für alle oder für niemanden. Werden durch die gesellschaftliche Entwicklung bestimmte soziale Gruppen aufgelöst, wird das zugrundeliegende Ordnungsschema entwertet oder zumindest in Frage gestellt. Daher bekommen Begriffe wie Klasse, Kaste oder Stand selbst dann, wenn diese Strukturen partiell noch existieren, jenen altmodischen und überholten Klang, den modische Schriftsteller gerne vermeiden.

Wenn wir über die Merkmale des Sozialcharakters der PeripheriearbeiterInnen sprechen, so muß uns klar sein, daß wir es nicht nur mit nackten, objektiven Tatbeständen zu tun haben. Wir sind zugleich mit einer mehrfachen imaginären und normativen Überformung konfrontiert, die als gesellschaftliche Praxis ebenfalls Wirklichkeitscharakter hat. Die atomisierte, fragmentierte Existenzweise der PeripheriearbeiterInnen erfordert bestimmte Kompetenzen, die imaginär überhöht in der Sprache der Jobanzeigen und der Karriereberichte zum Ausdruck kommen. Politisch wird die Distanz zu den Organisationen des Fordismus als neue Individualität gepriesen. Das Angebot, die eigene soziale Existenz narzißtisch zu feiern und sich in der Besonderheit seines individuellen Lebens zu sonnen, inklusive wechselnder Beziehungen die schon lange die Ehe abgelöst haben, findet sich permanent in jenem Dreck, den die Massenmedien tagtäglich produzieren. Die soziale Existenzweise der PeripheriearbeiterInnen macht diese sicherlich für diese Zuschreibungen anfällig, aber zugleich existieren Faktoren, die die Identifikation mit der kapitalistischen Verwertungsmonade nicht so glatt aufgehen lassen.

Allen voran gilt es festzuhalten, daß es sich bei den neuen Arbeitsformen, inklusive der Scheinselbständigkeit, nach wie vor um Formen von *fremdbestimmter Arbeit* handelt. Die PeripheriearbeiterInnen besitzen nichts als ihre Arbeitskraft; ob sie direkt ihre Arbeit, oder ihre Arbeitsprodukte verkaufen, ändert an diesem Faktum nichts. Neu hingegen ist die Form der Zielvorgabe und Kontrolle. Auch hier finden wir ein übergreifendes Moment, das sowohl in der Peripherie als im Zentrum gesellschaftlich durchgesetzt wird. An die Stelle des Kommandos tritt die Selbststeuerung. Die Rationalität der kapitalistischen Zeit- und Geldökonomie geht in die Hände des einzelnen über. Die in den 50er Jahren von David Riesman formulierte These, wonach historisch auf die »Innenlenkung« die »Außenlenkung« folgen würde, ist nicht mehr aktuell. Vielmehr gilt das Umgekehrte: Um auf dem kapitalistischen Markt bestehen zu können, muß das Individuum zusätzliche Kompetenzen entwickeln. An sich ist das Phänomen des simulierten Unternehmertums nicht neu. Es war in der Frühphase des Kapitalismus weit verbreitet, jetzt tritt es erneut auf. Damals wie heute gilt, daß aus den verschiedenen Graden von Scheinselbständigkeit keineswegs eine ungebrochene prokapitalistische Gesinnung folgt, trotz massiver ideologischer Inputs. Die wirtschaftliche Abhängigkeit von den maskierten Arbeitgebern, die Wechselbäder von Einkommen und beruflicher Perspektive sind einfach viel zu massiv, um praktisch wie imaginär ein neues Unternehmertum zu erzeugen. Auch wenn das Denken und Handeln nach Marktkriterien vom einzelnen übernommen werden muß, so schlägt dies keinesfalls im Verhältnis eins zu eins in blinde Affirmation der kapitalistischen Gesellschaftsordnung um. Die vom Individuum geforderte Eigenständigkeit, Initiative und Urteilskraft erweist sich für die Herrschaft als zweischneidiges Schwert. Ja es scheint sogar, daß der Kapitalismus ein wenig am Ast sägt, auf dem er sitzt. Der von allen Seiten geförderte Börsen- und Aktienwahn stellt indirekt ein Fundament der Durchsetzung des Kapitalismus in Frage, nämlich die Arbeitsdisziplin und Arbeitsmoral, die seit seiner Frühphase teils gewaltsam, teil mit sanftem Druck durchgesetzt wurde. Die Botschaft der Börse lautet schlicht: Nicht durch die ehrliche Arbeit der eigene Hände wird man reich, sondern durch geschicktes Taktieren und Spekulieren. Wie zum Hohn stieg parallel zur »Aktie für jedermann« in den westlichen Industrieländern sowohl die Wochen- wie die Lebensarbeitszeit. Verknüpft mit steigender

Arbeitsintensität muß das Versprechen des Reichtums durch Börsenspekulation hohl und unglaubwürdig klingen. Die Liste der widersprüchlichen Signale des Systems ließe sich noch lange fortsetzen. Ich möchte hier nur auf ein weiteres Moment verweisen. Die zunehmenden quantitativen und qualitativen Arbeitsanforderungen, von denen besonders die PeripheriearbeiterInnen betroffen sind, kontrastieren mit einer vorgespielten »Fun-« und Freizeitkultur, in der ein lockerer und problemloser Hedonismus zelebriert wird. Es ist bezeichnend, welchen Menschentypus die Sendung »Taxi Orange« als Identifikationsfiguren vorführt. Anstatt hart arbeitende Unternehmermonaden flimmerten in lockerer Unverbindlichkeit verharrende narzißtische Personen über den Bildschirm, die ohne ökonomische Probleme in den Tag hineinleben und auch mal erst zu Mittag aus den Betten steigen.

Die Frage, warum nun diese neuen sozialen Schichten sich so explizit gegen die Schwarz- Blaue Regierung aussprechen, hängt natürlich mit deren Politik unmittelbar zusammen. Die Bundesregierung verfügt über kein gesellschaftliches Projekt, das sie ins Zentrum ihrer Propaganda stellen kann. Wie aus einem der Öffentlichkeit zugespilten Strategiepapier hervorging (es wurde in der Mailingliste MUND veröffentlicht) und inzwischen auch in Inseraten der Regierung nachzulesen ist, argumentiert sie mit folgender dünner Aussage: die SPÖ hätte verantwortungslos Schulden angehäuft, diese gelte es jetzt um jeden Preis abzutragen. That's all. Ist eine noch defensivere Legitimation von Regierungspolitik denkbar? Welche sozialen und politischen Perspektiven sich nach dem möglichen Erreichen dieses hehren Zieles angeblich eröffnen, darüber herrscht Stillschweigen. Der Sparwahn fungiert in Realität als dürftige Klammer, um das Konglomerat aus abgekupfertem Neoliberalismus, stockkonservativer Frauenpolitik, »Law and Order« Elementen und reaktionärer Fremdenfeindlichkeit den Anschein einer durchdachten Strategie zu verleihen. Um als neoliberale Wende ideologisch zu punkten, kommt diese Regierung um zehn, wenn nicht fünfzehn Jahre zu spät. Der Endsieg über den »Kommunismus«, die Herstellung des freien Marktes und die Bildung der EU haben sichtbar ihre Früchte gezeigt und die ursprünglichen Versprechen desavouiert. Der Einfluß der FPÖ macht die Attitüde der rationalen Marktpolitik vollständig zunichte. Die Bundesregierung kann ihre Politik nur in einem aggressiven Stil durchsetzen, in dem sie jede Diskussionsbereitschaft sichtlich aufkündigt. Ihr autoritäres Gehabe hat ihr nicht nur die Opposition von so honorigen Gruppen wie der Richtervereinigung oder der Universitätsadministration eingetragen, es muß vor allem bei den PeripheriearbeiterInnen, deren Existenz sowohl privat wie auch beruflich durch kommunikative Strukturen gekennzeichnet ist, auf Widerstand stoßen. Ich vermute weiters sehr stark, daß die neuen sozialen Schichten primär ein städtisches, urbanes Phänomen darstellen. Daraus resultiert eine gewisse Weltoffenheit und Liberalität, die mit den wilden Drohungen der FPÖ bezüglich der ArbeitsmigrantInnen- und Drogenpolitik in Konflikt geraten muß. Der Widerstand gegen Schwarz Blau ist sicher auch ein Effekt des kulturellen Milieus, der Arbeits- und Beziehungsformen der neuen sozialen Schichten.

Ich möchte abschließend auf einen Aspekt hinweisen, den ich für den interessantesten halte. Traditionelle Politik bewegt sich im Kontext von Interessen und Interessenvertretungen. Interessen beruhen auf einem ähnlichen sozialen Schicksal und einer vergleichbaren sozialen Stellung der gesellschaftlichen Großgruppen. Die politische Realität Nachkriegsösterreichs war von Interessengegensätzen und

Interessenausgleich geprägt. Auch auf die Gefahr hin, daß ich es mir mit so manchem jetzt verscherze, möchte ich klar formulieren: Interessenpolitik besitzt immer etwas reduziertes, einseitiges, parteiliches. Sie schlägt leicht in reinen Gruppenegoismus, ja in die Verteidigung bestimmter Privilegien und Vorrechte um. Bei einigen Teilgewerkschaften des ÖGB ist dieser Aspekt leicht zu beobachten. Sicher, die Marxistische Arbeiterbewegung versuchte immer, die Besonderheiten der Interessen in Richtung eines übergreifenden Klassenstandpunktes des Proletariats zu überwinden, doch diese Ansätze bleiben rhetorisch. Die soziale Wirklichkeit triumphierte über die politische Programmatik. Wenn ich es etwas emphatisch sagen darf: In der Gestalt der PeripheriearbeiterInn kommt der Aspekt des Allgemeinen naturwüchsig ins Spiel. Die wechselnde soziale Situation, die mehrdimensionale soziale Identität und die fragmentierten Lebensläufe lassen weder die Bildung einer einheitlichen Organisation, noch die Formulierung einheitlicher Interessen zu. Doch folgt daraus die Unfähigkeit zur Selbstartikulation und zum politischen Handeln? Offenbar nicht. Gerade durch die Unbestimmtheit der Lebenslagen sind die PeripheriearbeiterInnen zwar nicht spezifisch von einer bestimmten, in Summe aber von allen Maßnahmen der Bundesregierung betroffen. Die notwendige Relativierung der momentanen sozialen Existenz, die in wenigen Monaten sich ganz anders darstellen kann, führt fast zwangsläufig zur Überwindung eingeschränkter Sichtweisen. Wenn oben davon gesprochen wurde, diese Gruppen würden zwischen den Polen von Arbeitslosigkeit, Ausbildung und diversen Arbeitsformen pendeln, so soll jetzt hinzugefügt werden, daß diese schwimmende soziale Existenz ja auch einen Erfahrungsreichtum bedeutet, den klassische fordistische Arbeiter, die Jahrzehnte das selbe Fabrikstor durchschreiten, nicht besitzen. Es ist also höchst einseitig, das Verschwinden der traditionellen Arbeitersolidarität zu beklagen. Auch wenn sie tendenziell zu verschwinden droht, andere Formen treten an deren Stelle. Die PeripheriearbeiterInnen artikulieren sich entweder auf einer allgemeinen politischen Ebene, oder überhaupt nicht. Die Ausrichtung auf bestimmte, klar definierte und begrenzte Interessen ist durch die soziale Existenzweise ausgeschlossen. Wenn sich der Widerstand teilweise an Punkten wie Rassismus oder Antisemitismus entzündet hat, so reflektiert sich darin die Tatsache, daß für die neuen sozialen Schichten die allgemeine gesellschaftliche Situation entscheidender ist als punktuelle Maßnahmen, und seien sie noch so einschneidend.

Aus all dem gesagten darf nun nicht der Schluß gezogen werden, die Peripheriearbeit würde automatisch eine antikapitalistische Haltung determinieren. Der Determinismus existiert auf einer »übergeordneten« Ebene. Damit ist nur gesagt, daß eine bestimmte Form der gesellschaftlichen Integration (wobei die Desintegration mitzudenken ist) ein bestimmtes Paradigma der Selbstinterpretation und der Sichtweise der Gesellschaft durch das Subjekt impliziert. Ich hoffe, das ist aus den hier getroffenen Aussagen über den fordistischen Arbeiter einerseits und über die PeripheriearbeiterInn andererseits klar geworden. Es ist ein Verdienst von Schwarz-Blau, neben den traditionellen Formen linker Politik auch den PeripheriearbeiterInnen zur politischen Artikulation verholfen zu haben. Der dezentrale, vernetzte, unabhängige und auch selbstbewußte Charakter ihres Widerstandes resultiert aus ihrer analogen sozialen Existenzweise. Daß sich die neuen sozialen Schichten als Antwort auf einen gemeinsamen Gegner politisch zu Wort gemeldet haben, ist kein Mangel. Jede relevante gesellschaftliche Bewegung hat sich re-aktiv gebildet.